

Ergebnisniederschrift

über die Sitzung des Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschusses (IGUA/X-
014/2018)
des Landkreises Darmstadt-Dieburg

am 22.08.2018, 15:03 Uhr bis 16:35 Uhr,
Kreistagssitzungssaal,
Kreishaus Darmstadt, Jägertorstraße 207, 64289 Darmstadt

Tagesordnung

TOP	Betreff
Öffentlicher Teil	
1.	Bericht des Eigenbetriebs "Kreiskliniken"
2.	Vorbereitung der Kreistagssitzung
2.1.	Einrichtung einer weiteren Grundschule in Babenhausen auf dem ehemaligen Kasernengelände Vorlage: 1653-2018/DaDi
2.2.	Optimierung der ÖPNV-Verkehrsanbindung zur Kreisklinik Groß-Umstadt für Bürger des Ostkreises – Antrag Die Linke Vorlage: 1703-2018/DaDi
2.3.	Aus Sorge um die Zukunft des öffentlichen Kreiskrankenhauses und die stationäre und ambulante öffentlichen Pflegeeinrichtungen des Senioverbandes im Landkreis Darmstadt-Dieburg – Antrag Die Linke Vorlage: 1712-2018/DaDi
2.4.	Zukunft Schönheitsklinik – Antrag CDU Vorlage: 1718-2018/DaDi
2.5.	Resolution "Aus Sorge um die Zukunft des öffentlichen Kreiskrankenhauses und die stationäre und ambulante öffentlichen Pflegeeinrichtungen des Senioverbandes im Landkreis Darmstadt-Dieburg" – Antrag Die Linke Vorlage: 1702-2018/DaDi
3.	Kenntnisnahmen
3.1.	Abfallwirtschaftskonzept 2018 Vorlage: 1459-2018/DaDi

3.2.	Obstbaumaktion Kreisverband Darmstadt und Kreisverband Dieburg des Naturschutzbundes Vorlage: 1654-2018/DaDi
3.3.	Vierteljahresbericht des IV. Quartals 2017 des Eigenbetriebs der Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg Vorlage: 1471-2018/DaDi
3.4.	SOS-Rettungsdose - Stellungnahme Sozialverband VdK Vorlage: 1548-2018/DaDi
3.5.	SOS-Rettungsdose - Stellungnahme JUH Vorlage: 1587-2018/DaDi
3.6.	Veranstaltung Smart Region / Smart City Vorlage: 1588-2018/DaDi
3.7.	Unterhaltung und Instandsetzung der Kreisstraßen Vorlage: 1589-2018/DaDi
3.8.	Fahrbahninstandsetzungsarbeiten an Kreisstraßen Vorlage: 1650-2018/DaDi
3.9.	Darmstadt-Dieburger Nahverkehrsorganisation (DADINA); Weisungsgebundenheit der Mitglieder in der Versammlung Vorlage: 1690-2018/DaDi
3.10.	Vierteljahresbericht des I. Quartals 2018 des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg Vorlage: 1600-2018/DaDi
4.	Schulbauprojekte
5.	Mitteilungen und Anfragen

Anwesende	
Fraktion der SPD	
Herr Dr. Mathias Göbel	
Frau Margrit Herbst	
Frau Gudrun Kirchhöfer	
Herr Clemens Laub	
Frau Kreistagsvorsitzende Dagmar Wucherpfennig	Vertreterin für Abg. Goldbach, Axel
Fraktion der CDU	
Herr Boris Freund	
Herr Heiko Handschuh	
Herr Rainer Steuernagel	
Herr Siegfried Sudra	Vertreter für Abg. Schimmel, Maximilian bis TOP 3.7 (16:16 Uhr)
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen	
Frau Fraktionsvorsitzende Marianne Streicher-Eickhoff	
Herr Dr. Walter Sydow	
Fraktion der AfD	
Frau Bärbel van Dijk	
Fraktion der FDP	
Herr Horst Schultze	
Fraktion der FW-PP	
Herr Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz Prochaska	
Fraktion von FALD	
Herr Fraktionsvorsitzender Jürgen Sobich	Vertreter für Abg. Pullmann, Heinz
Fraktion von Die Linke	
Herr Fraktionsvorsitzender Martin Deistler	
Kreistagspräsidium	
Herr Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Friedrich Battenberg	bis TOP 3.5 (16:13 Uhr)
Herr Fraktionsvorsitzender Wilhelm Reuscher	bis TOP 3.7 (16:15 Uhr)
Kreisausschuss	
Herr Landrat Klaus Peter Schellhaas	
Herr Erster Kreisbeigeordneter Christel Fleischmann	
Frau Kreisbeigeordnete Angelika Dahms	ab TOP 1 (15:15 Uhr)
Herr Kreisbeigeordneter Friedrich Herrmann	
Herr Kreisbeigeordneter Marco Hesser	ab TOP 1 (15:11 Uhr)
Frau Kreisbeigeordnete Doris Hofmann	
Herr Kreisbeigeordneter Frank Klock	
Herr Kreisbeigeordneter Thomas Lindgren	
Frau Kreisbeigeordnete Dr. Margarete Sauer	
beratende Mitglieder	
Herr Harald Kuiken	Kreisausländerbeirat
Verwaltung	
Herr Christoph Dahmen	

Anwesende
Frau Nicole Hantsche
Herr Dr. Armin Kehrer
Herr Rainer Leiß
Herr Steffen Petry
Frau Annika Schmid
Frau Cornelia Schuster
Herr Christian Schwab
Frau Ute von Massow

Abwesende
Fraktion der SPD
Herr Axel Goldbach
Fraktion der CDU
Herr Maximilian Schimmel
Fraktion von FALD
Herr Heinz Pullmann

Vorsitzende Streicher-Eickhoff stellt fest:

1. Die Einladung zur Sitzung des Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschusses ist form- und fristgerecht ergangen.
2. Der Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschuss ist beschlussfähig.
3. **Vorsitzende Streicher-Eickhoff** verweist auf die aktualisierte Tagesordnung. Sie schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 2.3 und 2.5 gemeinsam aufzurufen und zu beraten. Sie stellt fest, dass sich von Seiten des Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschusses hiergegen kein Widerspruch erhebt. Weiterhin schlägt **Vorsitzende Streicher-Eickhoff** vor, die Tagesordnungspunkte 3.3 und 3.10 vor Tagesordnungspunkt 2 aufzurufen und zu beraten. Sie stellt fest, dass sich von Seiten des Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschusses auch hiergegen kein Widerspruch erhebt. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht erhoben.
4. Einwände gegen die Ergebnisniederschrift der 13. Sitzung des Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschusses wurden nicht erhoben.
5. Schriftführer ist Steffen Petry.

Protokoll
des öffentlichen Teils

Beschluss zu TOP 1.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Bericht des Eigenbetriebs "Kreiskliniken"**

Beschluss:

Herr Dahmen berichtet über den aktuellen Sachstand bei den Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg.

Beschluss zu TOP 2.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Vorbereitung der Kreistagsitzung**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 2.1.

Vorlage-Nr.: 1653-2018/DaDi

Aktenzeichen: 221-006

Betreff: **Einrichtung einer weiteren Grundschule in Babenhausen auf dem ehemaligen Kasernengelände**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Erster Kreisbeigeordneter Fleischmann gibt Erläuterungen und beantwortet Fragen.

Auf Nachfrage von **Abg. Wucherpfennig** (SPD) sagt **Erster Kreisbeigeordneter Fleischmann** zu, einen Lageplan über den Standort der geplanten Grundschule innerhalb des ehemaligen Kasernengeländes der Niederschrift als Anlage beizufügen.

Erster Kreisbeigeordneter Fleischmann gibt zu Protokoll, dass ein genauer Standort für die neue Schule auf dem Kasernengelände noch nicht festgelegt ist. Dieser wird nach erfolgtem Beschluss mit der Investorengruppe verhandelt. Der Standort wird sich an der geplanten grünen Mitte des Geländes orientieren. Kurze Wege zu Sportflächen und Schwimmbad sollen gewahrt werden.

Abg. Handschuh (CDU) weist darauf hin, dass vor einem Kauf die Erschließung des Kasernengeländes abschließend geregelt sein sollte, um Fehlinvestitionen zu vermeiden.

Beschlussvorschlag:

Auf dem Gelände der ehemaligen Kaserne in Babenhausen wird zusätzlich zur Schule im Kirchgarten ein weiterer Grundschulstandort für die Stadt Babenhausen, Kernstadt, eingerichtet. Hierfür wird von den Projektentwicklern des Geländes eine Fläche von ca. 7.000 m² zur Verfügung angeboten.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern zum Abschluss zu bringen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
Zustimmung (Ja):
Ablehnung (Nein):
Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.2.

Vorlage-Nr.: 1703-2018/DaDi

Aktenzeichen: 721-007

Betreff: **Optimierung der ÖPNV-Verkehrsanbindung zur Kreisklinik Groß-Umstadt für Bürger des Ostkreises – Antrag Die Linke**Beschluss: **zurückgestellt**

Abg. Herbst (SPD) schlägt vor, Matthias Altenhein, den Geschäftsführer der DADINA, zu einer Sitzung des Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschusses einzuladen und den Antrag bis dahin zurückzustellen.

Erster Kreisbeigeordneter Fleischmann teilt mit, dass der Nahverkehrsplan Anfang des Jahres 2019 im Infrastruktur- Gesundheits- und Umweltausschuss beraten wird und schlägt vor, dass Herr Altenhein in dieser Sitzung eine Präsentation zur aktuellen Situation des ÖPNV hält.

Vorsitzende Streicher-Eickhoff stellt zu dieser Vorgehensweise das Einvernehmen des Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschusses fest und lässt sodann über die Zurückstellung des Antrags abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag bittet den 1. Kreisbeigeordneten Fleischmann in Verhandlungen mit DADINA um Prüfung besserer „Direkt“ ÖPNV Verbindungen zu den Kreiskliniken Groß-Umstadt.

Abstimmungsergebnis: Antrag auf Zurückstellung des Antrages

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input checked="" type="checkbox"/> 1	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.3.

Vorlage-Nr.: 1712-2018/DaDi

Aktenzeichen: 519-018

Betreff: **Aus Sorge um die Zukunft des öffentlichen Kreiskrankenhauses und die stationäre und ambulante öffentlichen Pflegeeinrichtungen des Senioverbandes im Landkreis Darmstadt-Dieburg – Antrag Die Linke**

Beschluss: **abgelehnt**

Abg. Deistler (Linke) schlägt vor, keine Beschlussempfehlung herbeizuführen und kündigt einen Änderungsantrag für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses an.

Vorsitzende Streicher-Eickhoff übergibt zur Teilnahme an der Beratung des Infrastruktur-, Gesundheit- und Umweltausschusses um 15:51 Uhr den Vorsitz an stellvertretenden Vorsitzenden Schultze. Nach ihrer Aussprache übernimmt Vorsitzende Streicher-Eickhoff um 15:53 Uhr wieder den Vorsitz.

Nach ausführlicher Diskussion lässt **Vorsitzende Streicher-Eickhoff** sodann über den Antrag abstimmen. Sie stellt nach der Abstimmung fest, dass dieser mehrheitlich abgelehnt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge nach dem Beitritt zur Hessenkasse und der Umsetzung der Schuldenbremse u.a. Grundsätze in der öffentlichen gesundheitlichen Versorgung und Pflege im Landkreis Darmstadt Dieburg beschließen:

1. Der Kernbereich der öffentlichen Daseinsvorsorge – die Kreiskliniken Darmstadt Dieburg und die Gersprenz Pflegeheime des Senioverbandes werden nicht den Profitinteressen der privaten Anbieter in der Gesundheitsversorgung ausgeliefert. Sie verbleiben unabdingbar in der Verantwortung der öffentlichen Hand des Landkreises Darmstadt Dieburg. Der Landkreis Darmstadt Dieburg erteilt heute und auch in Zukunft jeder Privatisierung bzw. Teilprivatisierung der Gesundheitsvorsorge in Zeiten, wo durch Hessenkasse und Schuldenbremse droht, öffentlich Defizite der Gesundheit - und Pflege nicht mehr übernommen zu werden, eine klare Absage. Gesundheit und Pflege dürfen zu keiner Ware werden.
2. Der Kreistag Darmstadt Dieburg setzt sich dafür ein, dass in den öffentlichen Kreiskliniken und den Pflegeeinrichtungen des Senioverbandes Tariflohn (TVÖD mit ZVK) bezahlt wird. Prekäre Arbeitsverhältnisse sind möglichst durch voll zeitliche Beschäftigung zu ersetzen. Ausnahme beim Mindestlohn werden abgelehnt. Geprüft wird die Reinigung der Eigenbetriebskliniken und der Pflegeeinrichtungen im Landkreis Darmstadt Dieburg wieder in Eigenregie durchzuführen. Dies gilt besonders für die Beschäftigten der Dienstleistungs- GmbH der Kreiskliniken.
3. Der Kreistag unterstützt den hessischen Appell für mehr Krankenhauspersonal der Gewerkschaft Verdi. Der Kreistag unterstützt die Aussagen, dass es an Personal in den hessischen Krankenhäuser fehle. Darunter litten Patient innen und Angehörige. Die Beschäftigten hätten längst die Belastungsgrenze überschritten. Der Kreistag Darmstadt Dieburg setzt sich für Entlastungen in den hess. Krankenhäuser – und bezogen auf den Landkreis Darmstadt Dieburg – für seine öffentlichen Krankenhäuser Groß Umstadt und Seeheim Jugenheim ein.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
Zustimmung (Ja):
Ablehnung (Nein):
Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.4.

Vorlage-Nr.: 1718-2018/DaDi

Aktenzeichen: 519-004

Betreff: **Zukunft Schönheitsklinik – Antrag CDU**

Beschluss: **geändert beschlossen**

Abg. Herbst (SPD) stellt klar, dass es sich bei der im Betreff genannten Klinik um die „Klinik für plastische Chirurgie“ handelt. Sie stellt den Antrag, den Begriff im Antrag der CDU jeweils zu ersetzen. **Herr Handschuh** (CDU) übernimmt die Änderung für seine Fraktion.

Vorsitzende Streicher-Eickhoff lässt sodann über den Beschlussvorschlag in geänderter Form abstimmen. Sie stellt nach der Abstimmung fest, dass diesem mehrheitlich zugestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreisausschuss legt für die kommende Sitzung des IGU-Ausschusses einen neuen Businessplan für die geplante Klinik für plastische Chirurgie auf dem Schloss Heiligenberg vor. Darin ist die Wirtschaftlichkeit der Klinik für plastische Chirurgie unter Zugrundelegung der aktuellen Baukostenschätzung, der bisher getätigten Aufwendungen und die nun ohne OP und Übernachtungskapazitäten geplante Erlösstruktur aufzuzeigen.
2. Der Chefarzt des Kreiskrankenhauses Dr. Land wird gebeten, das in der Klinik für plastische Chirurgie geplante medizinische Angebot im IGUA vorzustellen.
3. Ebenso hat die Betriebsleitung unter Hinzuziehung des zuständigen Architekten die bisherigen Probleme bei der Baumaßnahme und die zukünftigen Lösungen dem IGUA zu erläutern.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
Zustimmung (Ja):
Ablehnung (Nein):
Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
FW-PP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.5.

Vorlage-Nr.: 1702-2018/DaDi

Aktenzeichen: 519-017

Betreff: **Resolution "Aus Sorge um die Zukunft des öffentlichen Kreiskrankenhauses und die stationäre und ambulante öffentlichen Pflegeeinrichtungen des Senioverbandes im Landkreis Darmstadt-Dieburg" – Antrag Die Linke**

Beschluss: **abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Darmstadt Dieburg fordert die Landesregierung zu einer grundlegenden Gemeindefinanzreform auf. Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, die sozialen Infrastrukturen zu verbessern. Um die Gesundheitsvorsorge und die Altenpflege in öffentlicher Hand weiter aufrecht zu erhalten, um durch tarifliche und am Bedarf orientierte überprüfbare Personalbemessungen zu realisieren, muss die Landesregierung Kommunen und Landkreise mit öffentlich geführten Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen finanziell besser ausstatten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 3.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Kenntnisnahmen**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 3.1.

Vorlage-Nr.: 1459-2018/DaDi

Aktenzeichen: 830-005

Betreff: **Abfallwirtschaftskonzept 2018**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Erster Kreisbeigeordneter Fleischmann gibt das Abfallwirtschaftskonzept 2018 zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 3.2.

Vorlage-Nr.: 1654-2018/DaDi

Aktenzeichen: 651-001

Betreff: **Obstbaumaktion Kreisverband Darmstadt und Kreisverband Dieburg des Naturschutzbundes**Beschluss: **Kenntnis genommen****Beschluss:**

Zur Umsetzung der gesetzlichen Verpflichtung aus den §§ 1-3 des BNatSchG erhalten die Kreisverbände Darmstadt und Dieburg im Naturschutzbund Deutschland für die Anpflanzung von je ca. 400 hochstämmigen Obstbäumen im Außenbereich Zuschüsse in Höhe von insgesamt maximal

6.000,00 €.

Die erforderlichen Mittel stehen im Haushaltsplanplan des Jahres 2018 auf dem Produkt 1.13.03.01 (Ordnungsaufgaben der UNB) und dem Sachkonto 7128000 (Zuschüsse für laufende Zwecke) haushaltsrechtlich zur Verfügung.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.13.03.01 (Ordnungsaufgaben der UNB)
Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2018	2019	2020
Sachkonto: 7128000	6.000,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Erträge	2018	2019	2020
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Beschluss zu TOP 3.3.

Vorlage-Nr.: 1471-2018/DaDi

Aktenzeichen: 031-008

Betreff: **Vierteljahresbericht des IV. Quartals 2017 des Eigenbetriebs der Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Herr Landrat Schellhaas gibt

Den als Anlage beigefügten Vierteljahresbericht für das IV. Quartal 2017 des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg zur Kenntnis.

Nach den Bestimmungen des § 3 Krankenhausbetriebsverordnung und des § 21 Eigenbetriebsgesetz hat die Krankenhausbetriebsleitung des Kreisausschuss und die Krankenhausbetriebskommission vierteljährlich über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie die Abwicklung des Vermögens zu unterrichten.

Mit dem beiliegendem Vierteljahresbericht kommt die Betriebsleitung dieser Verpflichtung nach.

Beschluss zu TOP 3.4.

Vorlage-Nr.: 1548-2018/DaDi

Aktenzeichen: 519-016

Betreff: **SOS-Rettungsdose - Stellungnahme Sozialverband VdK**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas schlägt vor, den Vorsitzenden des Sozialverbandes VdK Herrn Jung zu einer Sitzung des Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschusses einzuladen.

Vorsitzende Streicher-Eickhoff stellt zu dieser Vorgehensweise das Einvernehmen des Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschusses fest.

Landrat Schellhaas gibt die als Anlage dieser Vorlage beigefügte E-Mail des Sozialverbandes VdK Darmstadt-Stadt und Land zu Kenntnis.

Beschluss zu TOP 3.5.

Vorlage-Nr.: 1587-2018/DaDi

Aktenzeichen: 519-016

Betreff: **SOS-Rettungsdose - Stellungnahme JUH**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas gibt die als Anlage beigefügte E-Mail der Johanniter-Unfall-Hilfe zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 3.6.

Vorlage-Nr.: 1588-2018/DaDi

Aktenzeichen: 025-002

Betreff: **Veranstaltung Smart Region / Smart City**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Klaus Peter Schellhaas informiert, dass der Landkreis Darmstadt-Dieburg und der Zweckverband NGA-Netz Darmstadt-Dieburg in Kooperation mit dem Kreis Offenbach sowie der Geschäftsstelle Digitales Hessen eine Veranstaltung zum Thema Smart Region / Smart-City organisiert und durchgeführt hat.

Die Veranstaltung hat am 26. April 2018 im Kreishaus des Kreises Offenbach stattgefunden.

Alle Mitglieder des Kreisausschusses, des Kreistages sowie die verbandsangehörigen Kommunen sowie die Mitglieder der NGA-Verbandsgruppen wurden zur Teilnahme eingeladen. An den Veranstaltungsinhalten zeigten weit über 100 Teilnehmende ein großes Interesse.

Die Präsentationen der Vortragenden sind unter folgendem Link zum Download bereitgestellt:
<https://www.ladadi.de/wirtschaft-infrastruktur-freizeit/wirtschaft/aktuelles-veranstaltungen.html>

Beschluss zu TOP 3.7.

Vorlage-Nr.: 1589-2018/DaDi
 Aktenzeichen: 712-003
 Betreff: **Unterhaltung und Instandsetzung der Kreisstraßen**
 Beschluss: **Kenntnis genommen**

Auf Nachfrage des **Abg. Handschuh** (CDU) sagt Landrat Schellhaas eine Klärung zu, weshalb in der Liste des für 2019 geplanten Direktaufwands unter Nummer 9 „Bankettschälung, - Instandsetzung, Grabenräumung“ 0,00 € angesetzt sind.

Landrat Schellhaas gibt zu Protokoll, dass bei der Aufstellung für den Direktaufwand unter dem Punkt „Bankettschälung, Grabenräumung“ für das Jahr 2018 in Absprache mit Hessen Mobil keine Mittel vorgesehen wurden. Im Vergleich zum Vorjahr entsteht voraussichtlich höherer Bedarf an anderer Stelle, beispielsweise im Bereich der Gehölzpflege und bei Schutzplankenarbeiten. Im Jahr 2017 wurden umfangreiche Bankettregulierungsarbeiten durchgeführt. Hierfür wurden die in 2016 und 2017 eingeplanten Mittel verwendet.

Aus wirtschaftlichen Gründen ist es sinnvoll, umfangreichere Leistungen (durch Hessen Mobil) auszuschreiben, die unter Umständen auch Maßnahmen an Landes- und Bundesstraßen enthalten. Für 2019 wird die Bereitstellung von Mitteln für Bankettschälung und Grabenräumung erneut geprüft.

Beschluss:

Im Rahmen der bestehenden „Vereinbarung zur Übertragung von Verwaltungs-, Betriebs- und Unterhaltungsaufgaben an Kreisstraßen des Landkreises Darmstadt-Dieburg auf das Land Hessen“ werden nach Angaben von Hessen Mobil Straßen- und Verkehrsmanagement für das Jahr 2018 voraussichtlich Kosten in Höhe von 325.000 € für anfallenden Direktaufwand entstehen. Der vorgelegten Aufstellung (siehe Anlage) wird zugestimmt.

Die Mittel von 325.000 € stehen im Haushaltsplan 2018 auf dem Produkt 1.12.01.01 (Kreisstraßen) und dem Sachkonto 6165000 (Instandhaltung Sachanlagen, Infrastrukturvermögen) haushaltsrechtlich zur Verfügung.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.12.01.01
 Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2018	2019	2020
Sachkonto: 6165000	325.000,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Erträge	2018	2019	2020
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Beschluss zu TOP 3.8.

Vorlage-Nr.: 1650-2018/DaDi

Aktenzeichen: 712-003

Betreff: **Fahrbahninstandsetzungsarbeiten an Kreisstraßen**Beschluss: **Kenntnis genommen****Beschluss:**

Der Vergabe des Auftrags für Fahrbahninstandsetzungsarbeiten an Kreisstraßen im Landkreis Darmstadt-Dieburg an die Firma Strassing GmbH, Bad Soden-Salmünster zum Angebotspreis von **274.534,69 €** (inkl. MWST.) wird zugestimmt.

Der Anteil des Landkreises Darmstadt-Dieburg beträgt **85.668,46 €** (inkl. MWST.).

Die Mittel stehen im Haushaltsplan 2018 auf dem Produkt 1.12.01.01 (Kreisstraßen) und dem Sachkonto 6165000 (Instandhaltung Sachanlagen, Infrastrukturvermögen) haushaltsrechtlich zur Verfügung.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.12.01.01 Kreisstraßen
Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2018	2019	2020
Sachkonto: 6165000	85.668,46 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Erträge	2018	2019	2020
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Beschluss zu TOP 3.9.

Vorlage-Nr.: 1690-2018/DaDi

Aktenzeichen: 019-003

Betreff: **Darmstadt-Dieburger Nahverkehrsorganisation (DADINA);
Weisungsgebundenheit der Mitglieder in der Verbandsversammlung**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Klaus Peter Schellhaas teilt mit:

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 23.04.2018 zu Vorlage-Nr. 1129-2017/DaDi folgenden Beschluss gefasst:

„Zu 1.:

Es wird zugestimmt, dass die Zuständigkeit als zuständige Behörde im Sinne der Verordnung (EG) 1370/2007 für alle Straßenbahnlinien der HEAG mobilo auf die Stadt Darmstadt übergeht. Der DADINA wird eine entsprechende Änderung ihrer Satzung empfohlen. Die von dem Kreistag entsandten Mitglieder der DADINA-Verbandsversammlung werden angewiesen, einer entsprechenden Änderung der DADINA-Satzung zuzustimmen.“

Aus der Ergebnisniederschrift der Verbandsversammlung der DADINA vom 24.05.2018 (Anlage 1) ist zu entnehmen, dass der Abgeordnete des Kreistages, Herr Hans Mohrmann, zu Nr. 1 der Vorlage der DADINA-Verbandsversammlung (Vorlage-Nr. 1137-2018/DDN) mit Nein gestimmt und somit gegen die vom Kreistag beschlossene Anweisung votiert hat.

Da ebenfalls eine Vertreterin der Stadt Darmstadt zu Nr. 1 mit Nein gestimmt hat, stellte die Stadt eine Anfrage an das Regierungspräsidium Darmstadt im Hinblick auf mögliche Sanktionsmöglichkeiten bei weisungswidrigem Verhalten von Vertretern in der o.g. Verbandsversammlung.

Das Regierungspräsidium Darmstadt hat die nachfolgende – mit der Obersten Aufsichtsbehörde beim Hessischen Ministerium des Innern und für Sport (HMdIS) abgestimmte Bewertung abgegeben:

„Zwar sieht das KGG selbst keine Sanktionsmöglichkeit für den Fall vor, dass die gewählten Vertreter in der Verbandsversammlung sich entgegen einer von ihrer Kommune erteilten Weisung verhalten. Ausgehend vom Sinn und Zweck der Weisungsbefugnisse der Verbandsmitglieder und der expliziten Ergänzung durch § 15 Abs. 2a KGG ist insoweit aber von einer Regelungslücke auszugehen. Zwar verbietet sich eine Analogie zu § 125 Abs. 1 Satz 6 HGO, da die Vertreter von den Vertretungskörperschaften in die Verbandsversammlung gewählt werden, während kommunale Vertreter in Gesellschaften vom jeweiligen Verwaltungsorgan bestellt werden. Den Kommunen ist zur Sicherung ihres gesetzlich festgelegten Weisungsrechts jedoch nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen ein Sanktionsrecht einzuräumen, wenn die von ihnen gewählten Vertreter sich in der Verbandsversammlung weisungswidrig verhalten. Eine vergleichbare gesetzliche Regelung ist § 11 Abs. 5 Nr. 3 MetropolG. Hier wird unter Verweis auf § 86 HVwVfG für die Kommunen ein Abberufungsrecht aus wichtigem Grund normiert. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn ein Vertreter in der Verbandsversammlung seine Pflichten gröblich verletzt, z.B. indem er entgegen seiner Weisung abstimmt oder das Ansehen des von ihm vertretenen Verbandsmitglieds erheblich beschädigt. Für den Fall des weisungswidrigen Verhaltens haben die Kommunen als

Mitglieder eines Zweckverbandes in entsprechender Anwendung des § 86 HVwVfG das Recht, die gewählten Vertreter in der Verbandsversammlung abzurufen. In diesem Zusammenhang obliegt es der jeweiligen Vertretungskörperschaft einen Beschluss über die Abberufung der gewählten Vertreter in der Zweckverbandsversammlung zu fassen. Es steht dieser auch frei, zu beschließen, dass statt der Abberufung zunächst eine schriftliche Rüge erteilt werden soll.“

Beschluss zu TOP 3.10.

Vorlage-Nr.: 1600-2018/DaDi

Aktenzeichen: 031-008

Betreff: **Vierteljahresbericht des I. Quartals 2018 des Eigenbetriebs Kreiskliniken
Darmstadt-Dieburg**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Herr Landrat Schellhass gibt

Den als Anlage beigefügten Vierteljahresbericht für das I. Quartal 2018 des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg zur Kenntnis.

Nach den Bestimmungen des § 3 Krankenhausgesetz und des § 21 Eigenbetriebsgesetz hat die Krankenhausbetriebsleitung des Kreisausschuss und die Krankenhausbetriebskommission vierteljährlich über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie die Abwicklung des Vermögens zu unterrichten.

Mit dem beiliegenden Vierteljahresbericht kommt die Betriebsleitung dieser Verpflichtung nach.

Beschluss zu TOP 4.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Schulbauprojekte**

Beschluss:

Erster Kreisbeigeordneter Fleischmann berichtet über laufende Schulbauprojekte.

- Die Räume der Albrecht-Dürer-Schule in Weiterstadt konnten bezogen werden.
- An drei Schulstandorten mussten zusätzliche Klassenräume aufgrund steigender Schülerzahlen an den Grundschulen bereitgestellt werden.
 - An der Hirschbachschule in Reinheim/Zeilhard zwei Pavillons, eine Mensa und ein Betreuungspavillon.
 - An der Schule im Angelgarten in Groß-Zimmern zusätzlich ein Pavillon für die Betreuung.
 - An der Carl-Ulrich-Schule in Weiterstadt werden zusätzliche Kapazitäten geschaffen. Der Bau der zusätzlichen Grundschule wird drei bis vier Jahre dauern. Aufgrund dessen besteht die Möglichkeit, dass die Stadt Weiterstadt einen weiteren Bereich auf dem Parkplatz vor der Mensa für die Aufstellung von Containern zur Verfügung stellt.
- Die Leistungsphase 0 ist an mehreren Schulen gestartet.
 - Tannenbergschule in Seeheim-Jugenheim
 - An der Carlo-Mierendorff-Schule in Griesheim wurde diese abgeschlossen. Ein Architektenwettbewerb wird ausgelobt.
- An der Schillerschule in Griesheim wird zusätzliches Gelände für den Bau einer Mensa benötigt. Das Gelände, auf dem die Mensa errichtet werden soll, gehört der Stadt Griesheim. Das Gelände wurde bisher von einem benachbarten Verein genutzt, der sich dazu bereiterklärt hat, das Gelände zum Bau einer Mensa zur Verfügung zu stellen.
- Zur Schulrochade in Dieburg liegt kein neuer Sachstand vor.

Beschluss zu TOP 5.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Mitteilungen und Anfragen**

Beschluss:

Auf Nachfrage des **Abg. Freund** (CDU) berichtet Landrat Schellhaas zu der geplanten Zusammenarbeit des Landkreises Darmstadt-Dieburg und der Stadt Darmstadt im Bereich Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsdienst.

Landrat Schellhaas berichtet, dass ursprünglich geplant war, am von der Stadt Dieburg neu geplanten Feuerwehrstandort das Amt für Katastrophenschutz und die Rettungsleitstelle des Landkreises Darmstadt-Dieburg anzusiedeln. Derzeit befinden sich in einem Gebäude des Deutschen Roten Kreuzes, angrenzend an die Feuerwache der Stadt Dieburg das Amt für Katastrophenschutz und die Rettungsleitstelle des Landkreises Darmstadt-Dieburg. Nach Neubau einer Feuerwache wären am alten Standort der Feuerwache „Am Altstädter See“ in Dieburg Flächen zur städtebaulichen Entwicklung frei geworden.

Landrat Schellhaas berichtet, dass der Anstoß für eine mögliche Zusammenarbeit vom Bürgermeister der Stadt Darmstadt, Herrn Reißer, ausging. Der Grund für die geplante Zusammenarbeit ist der akute Platzmangel am aktuellen Standort der Berufsfeuerwehr Darmstadt in der Bismarckstraße. Der Plan der Stadt Darmstadt sieht vor, dass die Werkstatt der Berufsfeuerwehr, das Schulungszentrum (inklusive einer Atemschutzübungstrecke) und die Leitstelle vom bisherigen Standort in der Bismarckstraße abgezogen werden. Die Stadt Darmstadt hat daher eine Zusammenarbeit mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg vorgeschlagen.

Landrat Schellhaas erklärt, dass eine Kooperation unter Berücksichtigung der Gegebenheiten und der sich aus einer Zusammenarbeit ergebenden Synergie-Effekte – insbesondere im Hinblick auf eine gemeinsame Leitstelle – sinnvoll erscheint. Durch die Zusammenlegung der Leitstellen kann ein hessenweites Vorzeigeprojekt entstehen. Bei einer solchen Zusammenarbeit muss zwar eine regionale Nähe gegeben sein, welche im Falle einer Zusammenarbeit zwischen der Stadt Darmstadt und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg allerdings gegeben ist.

Vorsitzende Streicher-Eickhoff schließt die Sitzung um 16:35 Uhr.

Ende der Niederschrift

Darmstadt, den 24. August 2018

Für die Ausfertigung

gez. Marianne Streicher-Eickhoff
Marianne Streicher-Eickhoff
Vorsitzende

gez. Steffen Petry
Steffen Petry
Schriftführer